

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Colette Thiemann (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen namens der Landesregierung

**Auswirkungen des Stopps des Fregattenprojekts F126 auf den Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen**

Anfrage der Abgeordneten Colette Thiemann (CDU), eingegangen am 09.09.2026 - Drs. 19/11583, an die Staatskanzlei übersandt am 15.09.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen namens der Landesregierung vom 14.10.2026

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit der Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung, das Fregattenprojekt F126 einzustellen, ist eines der größten maritimen Beschaffungsvorhaben Deutschlands beendet worden. Begründet wurde dies mit erheblichen Verzögerungen, Kostensteigerungen und Projektrisiken.<sup>1</sup> Von dem Projekt waren zahlreiche Unternehmen der maritimen Industrie sowie Zulieferbetriebe in Niedersachsen betroffen. In Medienberichten werden mögliche Auswirkungen der Projektbeendigung auf Aufträge, Beschäftigung und die weitere Auslastung beteiligter Werften und Zulieferunternehmen, u. a. in Bremen und Wilhelmshaven, thematisiert.<sup>2</sup>

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Beschaffungsvorgänge für Marineschiffe werden im Zusammenwirken des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), der deutschen Marine und des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr abgewickelt.

Das Land Niedersachsen und seine Dienststellen sind in die Beschaffungsvorgänge des Bundes nicht eingebunden.

Kenntnisse über das Fregattenprojekt F126 und mögliche Folgeprojekte liegen dem Land nur aus öffentlich zugänglichen Medienberichten vor.

Das BMVg hat angekündigt, die Beschaffung von sechs Fregatten des Typs F126 einzustellen. Gleichzeitig sei angedacht, acht MEKO A-200 DEU (als Fregatte F128) zu beschaffen. Inwieweit niedersächsische Unternehmen oder Standorte am Bau der F128 partizipieren werden, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Belastbare Informationen über die Vertragsbeziehungen des Bundes mit dem bisherigen Generalunternehmer sowie möglichen Unterauftragnehmern liegen der Landesregierung nicht vor.

---

<sup>1</sup> <https://www.bmvg.de/de/presse/projekt-fregatte-f126-wird-beendet-6115980>

<sup>2</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/info/pistorius-beendet-fregatten-projekt-mit-folgen-fuer-werften%2Cfregatten-104.html>

**1. Welche niedersächsischen Unternehmen und Standorte waren nach Kenntnis der Landesregierung unmittelbar oder mittelbar am Projekt F126 beteiligt?**

Laut Presseberichterstattung waren an dem Projekt bereits über 200 Unternehmen beteiligt, in Deutschland sollten rund 80 % der Wertschöpfung stattfinden. Wie sich die Unteraufträge auf die einzelnen Unternehmen verteilen und wie hoch der Anteil niedersächsischer Unternehmen und Standorte dabei war, ist der Landesregierung, auch gerade wegen der Diskretion bei sicherheitspolitischen Aufträgen, nicht bekannt. Einzig das Unternehmen Thales mit seiner Niederlassung in Wilhelmshaven hat mit dem Schreiben seines CEO den Ministerpräsidenten (MP) auf Schwierigkeiten durch den verlorenen Auftrag hingewiesen.

**2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung dazu vor, ob und in welchem Umfang Aufträge niedersächsischer Unternehmen infolge der Beendigung des Projekts entfallen?**

Der Landesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

**3. Wie viele Arbeitsplätze in Niedersachsen sind nach Einschätzung der Landesregierung direkt oder indirekt betroffen?**

Die Anzahl möglicher betroffener Arbeitsplätze in Niedersachsen durch den Stopp des Fregattenprojekts lässt sich derzeit nicht einschätzen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

**4. Welche Gespräche hat die Landesregierung seit Bekanntwerden der Entscheidung mit der Bundesregierung, dem Bundesministerium der Verteidigung oder den betroffenen Unternehmen geführt?**

Am 2. September 2026 führte der MP ein Telefonat mit dem CEO der Firma Thales. Am 1. Oktober 2026 gab es ein Gespräch des MP mit Vertretern des Thales-Betriebsrats und Vertretern der IG Metall Bezirk Küste. Mit Mitgliedern der Bundesregierung und insbesondere mit dem BMVg ist Herr MP hierzu im Rahmen der ständigen Kontakte ebenfalls im Gespräch.

**5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Auswirkungen auf den Marinestandort Wilhelmshaven und die dortige industrielle Infrastruktur vor?**

Bisher hat sich nur das Unternehmen Thales mit seiner Niederlassung in Wilhelmshaven an den MP mit Bitte um Unterstützung gewandt. Mögliche Unterstützungsformen werden derzeit eruiert.

**6. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung gegebenenfalls ergreifen, um betroffene Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen?**

Über den fortlaufenden Austausch mit den betroffenen Unternehmen, Beschäftigtenvertretungen und weiteren relevanten Akteuren hinaus sind derzeit keine zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen geplant. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 verwiesen.

**7. Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeiten einer Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an den angekündigten Ersatzbeschaffungen (z. B. MEKO-Fregatten oder anderen Marineprojekten) ein?**

Die Landesregierung bewertet die Möglichkeiten einer Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Marineprojekten weiterhin als hoch. Niedersachsen verfügt über leistungsfähige Unternehmen mit einschlägigen Kompetenzen entlang der maritimen Wertschöpfungskette.

**8. Beabsichtigt die Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung für Beteiligungsmöglichkeiten niedersächsischer Unternehmen und Standorte bei künftigen Marinbeschaffungen einzusetzen? Falls ja, in welcher Form?**

Die Landesregierung setzt sich für bestmögliche Rahmenbedingungen für die niedersächsischen Unternehmen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Niedersachsen ein. Dies gilt auch für Unternehmen der maritimen Wirtschaft und der wehrtechnischen Industrie. Hierzu steht die Landesregierung im regelmäßigen Austausch mit Unternehmen, Verbänden und weiteren relevanten Akteuren sowie mit Mitgliedern der Bundesregierung im Rahmen permanenter Gespräche und hier insbesondere mit dem BMVg.

**9. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Landesregierung insgesamt für die maritime Wirtschaft in Niedersachsen?**

Die Landesregierung erwartet positive wirtschaftliche Auswirkungen für die maritime Wirtschaft in Niedersachsen, da niedersächsische Unternehmen bereits in erheblichem Umfang u. a. an den Beschaffungsprogrammen der Bundesmarine partizipieren.

**10. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Beendigung des Projekts für das Vergabemanagement und die Steuerung komplexer Rüstungsprojekte mit Beteiligung niedersächsischer Unternehmen?**

Die Ausgestaltung und Steuerung von Beschaffungs- und Vergabeverfahren des Bundes im Bereich der Marine obliegt den hierfür zuständigen Bundesstellen. Gerade bei großen und langfristigen Industrie- und Beschaffungsvorhaben sind leistungsfähige Unternehmen, qualifizierte Fachkräfte, eine starke Forschungs- und Entwicklungslandschaft sowie verlässliche Standortbedingungen von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung wird sich daher auch künftig dafür einsetzen, dass niedersächsische Unternehmen bestmögliche Voraussetzungen vorfinden, um sich erfolgreich an nationalen und internationalen Ausschreibungen beteiligen zu können.